

Margareten spricht sich gegen eine degressive Arbeitslosenentgeltfortzahlung aus

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 08.06.2021 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten lehnt die Forderung nach einem degressiven Arbeitslosengeld, also Kürzungen für Langzeitarbeitslose, ab.

Begründung

Die Corona-Krise hat noch immer weite Teile der heimischen Arbeitnehmer*innen und deren Branchen fest im Griff. Die Sozialpartnerschaft hat zwar in Rekordzeit die Corona-Kurzarbeit erarbeitet und mittlerweile mehr als eine Million Menschen davor bewahrt, ihren Job dauerhaft zu verlieren. Trotzdem sind in Österreich mehr als 520.000 Menschen, so viele wie noch nie in der zweiten Republik, unverschuldet arbeitslos geworden. Davon sind allein rund 171.000 Mitbürger*innen langzeitarbeitslos, also länger als ein Jahr.

Sehr besorgniserregend und teilweise dramatisch hat es die Arbeitnehmer*innen in Margareten erwischt. Im Vergleichsmonat April 2020 zu 2021 ist es zu einem Anstieg der Beschäftigungslosenquote von fast 54% gekommen. Nur der 10. Wiener Gemeindebezirk (65%) und der 15. Wiener Gemeindebezirk (59%) weisen höhere prozentuelle Zuwächse auf. Margareten weist noch einmal knapp 1.000 mehr beschäftigungslose Mitbürger*innen als im Vergleichsmonat April des letzten Jahres auf. In Wien kommen auf zehn Arbeitslose eine offene Stelle. In Österreich kommen auf rund 50.000 offene Stellen knapp 520.000 Kolleg*innen ohne Beschäftigung.

Folgende Bevölkerungsgruppen sind in Margareten von Langzeitarbeitslosigkeit überproportional betroffen:

- Frauen
- Lehrstellensuchende
- KollegInnen die über 50 Jahre alt sind
- KollegInnen „nur“ mit einem Maturaabschluss
- KollegInnen mit Migrationshintergrund

Die Arbeiterkammer und der ÖGB warnen schon lange davor, dass 55 Prozent Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld nicht nur zu wenig und armutsfördernd sind, sondern im internationalen Vergleich mit anderen EU Staaten Österreich sich im hintersten Drittel befindet. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld liegt bei rund 980 Euro. Die Schwelle zur Armutsgefährdung liegt bei 1.286 Euro pro Monat.

In dieser Ausnahmesituation eine degressive Arbeitslosenentgeltfortzahlung zu erwägen, würde zu einer Verstärkung des Lohn- und Sozialdumpings führen und sicher nicht zu einer Ankurbelung des Konsums im Margaretnen und Wiener Wirtschaftskreislauf.